

*An die  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Frau Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 22. September 2022

### **Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf  
Fassung einer EntschlieÙung betreffend Ermöglicung von Zurückweisungen illegaler  
Migranten an EU-Außengrenzen**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend Ermöglichung von Zurückweisungen illegaler Migranten an EU-Außengrenzen**

Fast täglich grüßt das Murmeltier – die Asylzahlen in Österreich steigen und steigen. Von einer geschlossenen Balkan-Route kann längst keine Rede mehr sein. Dort warten laut internen Berichten zehntausende Menschen auf die Flucht. Allein im Burgenland wurde etwa Anfang September ein neuer Wochen-Höchstwert von 2.811 neu registrierten Migranten erreicht. Bis dahin wurden heuer insgesamt schon rund 44.000 Flüchtlinge im Burgenland gemeldet. Das Durchhaltevermögen der Beamten und der Bevölkerung, vor allem in den grenznahen Orten, wird auf die Probe gestellt.

Doch die Wurzel der großen Fluchtbewegung liegt schon an den EU-Außengrenzen. Asylzahlen im LIBE-Ausschuss des EU-Parlaments aus dem vergangenen Jahr zeigen, dass es eine Anerkennungsquote von lediglich 34 Prozent gibt. Das heißt im Klartext, zwei Drittel aller Asylwerber, die es bis an die EU-Außengrenzen schaffen, haben gar kein Recht, in der EU zu sein. Schon im Vorjahr wurde in der EU ein massiver Anstieg der Asylanträge auf rund 650.000 verzeichnet. Dieser Wert wird heuer voraussichtlich noch weit überschritten werden, da bis Mitte Juni bereits 340.000 Anträge auf Asyl gestellt wurden!

Im Sinne der Gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik müssten bei der EU schon längst die Alarmglocken schrillen. Es ist nicht fünf vor, sondern fünf nach zwölf! Wenn man nicht bald etwas unternimmt, steht neben der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und der damit verbundenen Energie-Krise auch noch eine Wiederholung des Jahres 2015 unmittelbar bevor.

Daher fordern die Freiheitlichen auf EU-Ebene seit Monaten sofortige Maßnahmen an den EU-Außengrenzen anstatt nur über die Verteilung der Flüchtlinge zu reden. Illegale Migration muss schon unterbunden werden, bevor ein Aufenthalt in der EU überhaupt möglich ist. Der einzige mögliche Weg können somit nur Zurückweisungen jener Migranten an den Außengrenzen sein, welche kein Recht auf Asyl in der EU haben. Der EU-Mitgliedstaat Litauen will diesen Vorgang jetzt gesetzlich festschreiben. Warum sollten Zurückweisungen dann nicht in allen EU-Ländern an der Außengrenze möglich sein?

Die Bundesregierung muss jetzt endlich aufwachen und sollte so rasch wie möglich an die EU herantreten und eine neue Politik an den Außengrenzen einfordern. Österreich gehört zu den begehrtesten „Zielländern“ vieler Flüchtlinge und hat definitiv ein Mitspracherecht. Keiner wird etwas dagegen haben, vom Krieg verfolgte und in Not geratene Menschen aufzunehmen. Wenn aber rund zwei Drittel aller Migranten kein Recht auf Asyl haben, sollte dies schon an den Außengrenzen geprüft und Zurückweisungen ermöglicht werden. Die erforderlichen Maßnahmen in personeller und technischer Hinsicht wären natürlich von der EU mit den Mitgliedstaaten zu regeln. Nur so könnte das desolate Asyl- und Migrationssystem der EU noch gerettet werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung herantreten, diese möge angesichts des massiven Anstiegs der Asylanträge Verhandlungen auf EU-Ebene initiieren, um Zurückweisungen illegaler Migranten an EU-Außengrenzen zu ermöglichen.

*Es wird ersucht, diesen Antrag dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuzuweisen.*